

Migration, Liberalität und Eigentum

Hans-Werner Sinn im Gespräch mit Franz Jaeger

Aufgenommen am 3. November 2016 in Stuttgart und bearbeitet von Tobias Trütsch.

Um den suboptimalen europäischen Währungsraum zu überwinden, gibt es Optionen wie die Transferunion, die Deflationierung Südeuropas, die Inflationierung Nordeuropas und den Austritt aus dem Euroraum, wobei Letzteres die beste Option ist. Tatsächlich bewegt sich die Eurozone jedoch schleichend Richtung Transferunion, was auf Dauer zu wirtschaftlichen Problemen führen wird. Die keynesianischen Stabilisierungspakete seitens der EZB sind das Gegenteil von Wachstumspolitik. Sie bewirken, dass marode Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden. Angebotsstimulierende Wachstumsstrategien werden nicht umgesetzt, weil Regierungen und nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen aufgrund von Macht- und Einflussverlust den Wandel zum Besseren verhindern. Der negative fiskalische Effekt der Flüchtlingsmigration in Deutschland ist sehr gross. Viele Migranten sind Nettoempfänger staatlicher Leistungen, weil sie als Geringqualifizierte unterdurchschnittliche Einkommen generieren. Die Inklusion in den Sozialstaat ist nicht kompatibel mit der Personenfreizügigkeit, weil sie Wohlfahrtstourismus verursacht und den Sozialstaat erodiert. Sie wird aber dogmatisiert, weil sie eine schnelle Angleichung der Lebensstandards in der EU ermöglicht. Die internationale Angleichung der Lebensstandards kann jedoch aus ökonomischer Sicht durchaus auch durch Freihandel, als Substitut für die Personenfreizügigkeit, erreicht werden.

Various options exist to overcome the suboptimal European currency area, such as the transfer union, deflationary measures in southern Europe, inflationary measures in northern Europe and departure from the euro area, with the latter being the best option. In fact, the euro

area is gradually moving towards a transfer union, which will lead to economic problems in the long term. The ECB's Keynesian stabilisation packages represent the opposite of growth policy. Their effect is to keep ailing companies alive artificially. Growth strategies aimed at stimulating supply are not being implemented since governments are preventing change for the better because of a loss of power and influence, as are companies that are no longer competitive. The negative fiscal effect of refugee migration in Germany is very high. Many migrants are net recipients of state benefits because they generate below-average income as low-skilled workers. Inclusion in the welfare state is not compatible with the free movement of persons because it leads to welfare tourism and thus erodes the welfare state. It is, however, dogmatised because it enables a rapid alignment of living standards in the EU. However, from an economic perspective, the international alignment of living standards can also be achieved through free trade as an alternative to the free movement of persons.

Jaeger: Als genuin suboptimaler Währungsraum droht die Eurozone wegen ihrer regional auseinanderdriftenden Wirtschaftsstrukturen, ihrer national divergierenden konjunkturellen Auslastungsgrade sowie ihrer von Nation zu Nation unterschiedlichen Mentalitäten, Interessen und teilweise gegenläufigen stabilitätspolitischen Prioritäten auf längere Frist zu scheitern. Inwieweit, wenn überhaupt, Herr Sinn, liesse sich die daraus resultierende Dysfunktionalität des europäischen Währungssystems allenfalls durch mehr politische Vergemeinschaftung bzw. durch deren nachträgliche Ausgestaltung in Richtung einer Transfer- und Haftungsunion überwinden?

Sinn: Eine Transferunion liegt in der Luft. Die südeuropäischen Länder und Frankreich arbeiten darauf hin, dass sie kommt. Nun gibt es aber prinzipiell noch weitere Möglichkeiten, mit der Eurozone weiterzumachen. Sie resultieren aus dem Umstand, dass die südeuropäischen Länder im Euro in eine inflationäre Kreditblase gerieten und durch diese zu teuer wurden. Ab 1995, als der Euro angekündigt wurde, bekamen sie sehr viel günstiger Kredite und haben sich dadurch im Übermass verschuldet, sowohl der Staat als auch Private. Die Staaten betrieben ein künstliches Wirtschaftswachstum über die Binnensektoren Staat, den Servicesektor und die Bauleistungen. Das verarbeitende Gewerbe wurde dabei jedoch abgehängt. Das künstliche Wachstum hat

kreditfinanziert die Löhne erhöht. Weil die Lohnerhöhungen grösser waren als der Produktivitätszuwachs im verarbeitenden Gewerbe, wurden diese Länder immer teurer, was schliesslich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bedeutete. Italien ist von 1995 bis heute relativ zu Deutschland 42 Prozent teurer geworden.

Jaeger: Lässt sich das nicht auch aus einem Vergleich der Lohnstückkosten herauslesen?

Sinn: Man kann es zwar aus einem Vergleich der Lohnstückkosten erkennen, aber die Lohnstückkosten sind nicht das allein richtige Mass. Denn sie untertreiben die Effekte. Wenn nämlich Länder in die Arbeitslosigkeit gehen, werden Firmen und Arbeitsplätze mit hohen Lohnstückkosten aus der Statistik eliminiert. Die Problematik erkennt man besser, wenn man auf das Preisniveau schaut, also auf den BIP-Deflator.

Es gibt vier Möglichkeiten, die niedrige Wettbewerbsfähigkeit zu überwinden. Erstens die Etablierung einer Transferunion. Konkret finanziert damit der Norden dauerhaft die fehlende Wettbewerbsfähigkeit des Südens, ähnlich wie dies in Deutschland mit Ostdeutschland geschah. Damit infiziert man den Süden aber mit der holländischen Krankheit: eine Situation, in der das Land ewig vom Ressourcenzustrom abhängig ist. Beispielsweise hat die Niederlande in den 1960er-Jahren Gas gefunden. Die Gasverkäufe haben es ermöglicht, die Löhne zu erhöhen. Es folgte eine reale Aufwertung, das Land verlor seine Wettbewerbsfähigkeit, die Industrie ging zugrunde. Erst als die Löhne wieder sanken, d. h. die Öl- und Gaspreise nachgaben, normalisierte sich die Situation.

Die zweite Variante besteht in der Deflationierung von Südeuropa. Im Ausmass, wie die südeuropäischen Länder relativ zum Norden zu teuer wurden, müssen sie wieder billiger werden. Dies ist aber leichter gesagt als getan. Wenn Löhne und Preise deflationiert werden, kommen Kreditnehmer in Schwierigkeiten. Es wird Massenkongresse in der Industrie und auch Privatkongresse geben. Was machen beispielsweise die Vermieter? Sie können Mieten nicht einfach absenken. Mit anderen Worten werden die Preise langfristiger Kontrakte nicht automatisch mitsinken. Die dritte Möglichkeit besteht in der Inflationierung des Nordens. Wenn der Süden zu teuer wurde im Verhältnis zum Norden, muss der Norden noch teurer werden, um den Süden wettbewerbsfähiger zu machen. Dies würde für Deutschland zehn Jahre lang 5 Prozent Inflation bedeuten, während Südeuropa bei null Inflation bliebe. Es ist ein Szenario, das weder von den Deutschen toleriert noch von Südeuropa – hier mangels

Bereitschaft, 0 Prozent Inflation zu haben – mitgetragen würde. Es ist auch nicht klar, ob es der EZB jemals gelingen wird, den schweren Tanker Deutschland richtig zu inflationieren.

Jaeger: Ist es nicht ohnehin schwierig, in einem gemeinschaftlichen Währungsraum zu inflationieren bzw. zu deflationieren?

Sinn: Man könnte vermuten, dass, wenn der Süden zu teuer geworden ist und die Preise über dem Gleichgewicht sind, eine allgemeine Inflation im Euroraum die Korrektur der relativen Preise erleichtert. Ob der Süden wirklich zehn Jahre bei 0 Prozent Inflation bleiben wird, während Deutschland mit 5 Prozent inflationiert, ist fraglich. Dies ist eine heroische Anforderung. Zudem ist unklar, ob die EZB in einer Situation der Liquiditätsklemme überhaupt die Möglichkeit hat, eine solche Bewegung herbeizuführen. Mit den genannten Optionen erschöpfen sich die Möglichkeiten, im Rahmen des Euroraums eine Lösung zu finden.

Eine vierte Möglichkeit besteht darin, den Euro zu verlassen. Ein Land, das zu teuer ist, tritt aus dem Euroraum aus, wertet seine Währung ab und schafft auf diese Weise wieder Wettbewerbsfähigkeit, indem die Verbraucher sich von den teuer gewordenen Importen abwenden und heimische Produkte kaufen und indem die Kapitalanleger des Landes, die ins Ausland geflohen waren (siehe Griechenland und Italien), wieder zurückkommen, im eigenen Land Immobilien kaufen und damit einen Bauboom in Gang setzen. Das wären direkte Mechanismen. Schliesslich würde wahrscheinlich der Export anziehen – soweit eine Exportwirtschaft überhaupt existiert. Nicht zuletzt gibt es immer noch den Tourismus, der davon profitiert.

Über diese drei Kanäle würde ein Land sehr schnell auf Vordermann gebracht. Wir haben in einer grösseren Studie 71 Länder studiert, in der wir Länder mit Währungskrisen und anschliessender Abwertung analysiert haben. Meistens brachte die Abwertung nach ein bis zwei Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum hervor. Wenn man ständig versucht, mithilfe des Euro das Problem zu lösen, dauert es ein bis zwei Jahrzehnte, bis eine Korrektur eintrifft. Das schafft der Devisenmarkt innerhalb von 10 bis 20 Minuten.

Jaeger: Immerhin, eine dieser vier Möglichkeiten sollte man am Ende wählen.

Sinn: Südeuropa und Frankreich wollen auf jeden Fall die erste Variante, d.h. die Transferunion. Schäuble und Merkel mit ihrer Sparpolitik drängen auf die zweite Variante, also die Disinflation bzw. Deflation des

Südens, ohne dies explizit zu nennen. Die EZB will die dritte Variante. Sie will Inflation erzeugen – knapp 2 Prozent im Durchschnitt – was über zehn Jahre 5 Prozent für Deutschland und 0 Prozent für den Süden bedeuten würde. Die vierte Möglichkeit ist die Idee, die Finanzminister Schäuble letztes Jahr ins Spiel gebracht hat. D.h. temporäre Austritte für nicht mehr wettbewerbsfähige Länder – Beispiel Griechenland. Dies halte ich persönlich für die beste Option. Man muss eine offene Währungsunion gestalten, in die man nicht nur rein, sondern aus der man bei Bedarf auch wieder raus kann, dadurch die Währung abwertet, um später wettbewerbsfähig zurückzukehren.

Jaeger: Es gibt also eine Lösung. Aber sie erwies sich bislang als nicht durchsetzbar.

Sinn: Ja, Europa ist eben durch den Euro in eine Falle geraten. Viele Interessen stossen aufeinander, es ergeben sich immer mehr Spannungen, die bis hin zu einem grossen politischen Crash führen können. Kleinere Crashes haben wir 2010 bereits erlebt, als die Rettungspakete beschlossen wurden. Damals hatte Sarkozy bereits mit dem Austritt Frankreichs aus der Währungsunion gedroht. Auch 2012 ist man mit Forderungen an Frau Merkel aufs Ganze gegangen, als man über die Rettungsschirme diskutierte, bis sie schliesslich nachgab. Wohin führt das? Wir spazieren schleichend in eine Transferunion. Angefangen hat es mit der Vergabe von Krediten. Diese Kredite werden immer wieder verlängert und die Zinsen gegen null gesenkt. Dadurch mutiert ein Kredit faktisch zu einem Transfer. Dies ist äusserst problematisch, weil 40 Prozent der Bevölkerung der Eurozone, die in Krisenländern leben, von Transfers abhängig werden. Diese Transfers halten ein Lohnniveau bzw. einen Lebensstandard aufrecht, der der eigenen Produktivität nicht entspricht. Das Land bleibt zu teuer. Es gelingt nie, wettbewerbsfähig zu werden, denn die Transfers sind kein Geld, mit dem man sich Zeit für Reformen kauft, sondern Zeit fürs Nichtstun.

Wenn ein Land Transferzahlungen erhält, macht es keine schmerzlichen Reformen. Dies generiert dauerhaftes Siechtum: Wenn 40 Prozent der Bevölkerung der Eurozone nicht in funktionsfähigen Volkswirtschaften arbeiten und von den anderen ernährt werden müssen, geht dies eben zulasten des allgemeinen Wohlstands der Eurozone.

Jaeger: Doch eine klassische Transferunion ohne Politunion hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Der Norden der Eurozone wird deshalb den Süden nicht dauerhaft finanzieren können.

Sinn: Momentan funktioniert das noch ganz gut, weil Deutschland sehr billig produzieren kann. Die Wirtschaft boomt. Deutschland hat Exportüberschüsse, die zu Vermögen führen, und die Leute haben Jobs. Aber was ist in 15 Jahren, wenn die Babyboomer in Rente gehen und die Lasten des Staats auf diese Weise exorbitant steigen? Zusätzlich kommen die Haftungsrisiken aus der Eurozone dazu. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird sich Deutschland bemühen müssen, ebenfalls genügend Geld zu bekommen. Dann wird es noch mehr knirschen im europäischen Gebälk.

Jaeger: Ökonomen wie Paul Krugmann und Kenneth Rogoff, so auch südeuropäische Spitzenpolitiker – übrigens in Übereinstimmung mit EZB-Chef Mario Draghi – werden nicht müde, Europas wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern eine nachfrageorientierte, inflationsstimulierende «Wachstums»-Strategie via Tief- bzw. Negativzinsen und via Anleihenkäufe à discrétion sowie via staatliche, möglichst schuldenfinanzierte Bankenrettungs-, Beschäftigungs- und Investitionsprogramme anzuraten. Wie beurteilen Sie die Erfolgchancen und langfristigen Kollateralwirkungen solcher keynesianischer Stimulierungskonzepte?

Sinn: Nachfragestimuli machen konjunkturell einen gewissen Sinn. In 2008 war dies vernünftig, als der Interbankenmarkt zusammenbrach und eine grosse Wirtschaftsrezession bevorstand. Aber in normalen Zeiten und bei kleineren Flauten sind sie nicht unbedingt angebracht. Grundsätzlich gilt: Über seinen Verhältnissen leben, d.h. via staatliche Verschuldung finanziert, ist das Gegenteil von Wachstumspolitik. Beispielsweise wächst ein Privathaushalt, wenn er unter seinen Verhältnissen lebt, spart und durch die Ersparnisse Vermögen akkumuliert. Dasselbe gilt für eine Volkswirtschaft, denn der Kapitalstock wird durch Entsagung und Konsumverzicht finanziert. Dadurch werden Ressourcen frei, die akkumuliert werden können. Das Sozialprodukt besteht nämlich aus zwei Teilen: Ein Teil wird konsumiert, und den anderen legt man auf einen Haufen und lässt ihn wachsen. Mit dem Wachstum dieses Kapitalhaufens wird die Arbeit produktiver, wobei ein immer höheres Sozialprodukt entsteht. Diese grundsätzliche Wahrheit wird konjunkturell durch die keynesianischen Effekte zwar zuweilen durchbrochen, bleibt aber langfristig immer eine Wahrheit. In der längeren und mittleren Frist muss man diesen Zusammenhang deshalb stets im Auge behalten. Wenn Politiker von Wachstumspolitik reden, dann meinen sie immer Verschuldungspolitik, die jedoch genau das Gegenteil von Wachstumspolitik ist.

Jaeger: Es gibt Leute wie Rogoff, die negative Zinsen wollen, um die Wirtschaft aus der Liquiditätsfalle zu befreien.

Sinn: Dies ist ein anderes Argument. Wenn in einer Wirtschaftsflaute eine säkulare Stagnation vom hansischen Typ vorliegt, d.h. wenn die Investitionen bei einem Realzins von null nicht mehr absorbiert und die Ersparnisse nicht mehr investiert werden, dann ist der Gleichgewichtszins negativ. In einer Volkswirtschaft ist aber ein negativer Gleichgewichtszins wirkungslos, wenn es Bargeld gibt. Daher will Rogoff das Bargeld abschaffen, um den Nominalzins in den negativen Bereich zu drücken. Das ist eine in sich geschlossene rationale und korrekte wirtschaftstheoretische Überlegung. Die Frage ist aber, ob wir wirklich in einer solchen säkularen Stagnation sind. Ich wage dies zu bezweifeln. Ich glaube vielmehr, dass die westliche Welt in einer selbstgemachten Stagnation steckt, die wie eine hansische säkulare Stagnation aussieht. Sie ist dadurch zustande gekommen, dass man erstmalig in einer Krise mit allen möglichen geldpolitischen Tricks aus dem Gerätekasten des Quantitative Easing, d.h. mit dem Kauf von Assets aus dem privaten Sektor, versucht hat, die Zinsen künstlich zu drücken und die Assetpreise hoch zu halten, um alle möglichen Banken, Finanzinstitute, Gläubiger jedweder Art zu retten, die sonst riesige Abschreibungsverluste gehabt hätten.

Damit hat man bewirkt, dass Vermögenspreise – das gilt für Aktien, langfristige festverzinsliche Anlagen wie für Immobilien – zu hoch gestiegen sind. Diese werden schliesslich zu ihren Gleichgewichten zurückkehren. Die betreffenden Märkte sind in den Blasenmodus geraten. Das wiederum führt zu Erwartungsfehlern und Fehlallokationen auf den Märkten. Blasen haben sich früher im Zug einer schumpeterschen Krise via schöpferische Zerstörung abgebaut, um dann zum Gleichgewicht zurückzukommen. Zombiebanken und -firmen sind untergegangen, und auf deren Ruinen ist etwas Neues entstanden. Arbeitskräfte und Immobilien wurden frei. Unternehmer konnten wieder von Neuem starten. Im heutigen Umfeld ist dies nicht mehr gegeben, weil durch die exzessive Geldpolitik die Assetpreise künstlich hoch und Firmen künstlich am Leben gehalten werden, die per se nicht mehr überlebensfähig wären. Es handelt sich dabei um eine Zombiefizierung der Wirtschaft. Viele Firmen sind wandelnde Leichen, die eigentlich in den Sarg gehörten. Sie entwickeln keine Dynamik und können knapp überleben. Diese Situation herrscht

grossflächig im Bankensektor Südeuropas und teilweise im Norden, beispielsweise im Fall der Deutschen Bank. Die Frage bleibt, ob sie in dieser Form langfristig überhaupt wieder wettbewerbsfähig werden.

Jaeger: Bekanntlich haben es angebotsstimulierende Wachstumsstrategien wie etwa ein föderalistischer Standortwettbewerb, eine finanziell nachhaltige Sicherung der Altersvorsorge, Programme zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, produktivitätsfördernde Steuerreformen, Liberalisierungsprojekte zur Öffnung von Binnenmärkten wie auch Reformen zur Entkrustung starrer Arbeitsmärkte und Projekte zum Ausbau der (dualen) Berufsausbildung ausgerechnet in südeuropäischen Ländern wie z.B. Italien überaus schwer, umgesetzt zu werden. Also akkurat dort, wo die makroökonomischen Defizite und Wachstumsschwächen, die Arbeitslosigkeit und die Überschuldung geradezu dramatische Ausmasse angenommen haben, werden die genannten Reformen systematisch, oft auch plebiszitär, verhindert.

Sinn: Dies lässt sich letztlich immer auf die Macht der vorhandenen Firmen und der vorhandenen Regierungen zurückführen, die ihre Position schützen wollen. Denn der Wandel zum Besseren geht häufig mit Verlusten bei den Altsassen einher, weil am Ende neue Personen und Institutionen an ihre Stelle treten. Gestern habe ich einen Film über Stevenson gesehen, der die Eisenbahn in England durchdrückte. Wer war dagegen? Die alten Grossgrundbesitzer, die den Transport der gewebten Stoffe über ihre Kanäle aufrechterhalten wollten. Mit allen möglichen Tricks haben sie versucht, die Einführung der Eisenbahn zu verhindern. Es ist in unserem Fall genau dasselbe. Die Regierungen in Europa, die an der Macht sind, wissen, dass eine Änderung zum Besseren Folgendes bedeutet: Andere Personen werden an die Macht kommen, und ihre Parteien werden dadurch bedeutungslos. Auch Finanzinstitute wissen, dass ein politischer Wandel ihren Untergang und das Hochkommen neuer Konkurrenten bedeutet. Ähnliches gilt für Firmen der Realwirtschaft, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind und nur noch dadurch leben, dass der Staat künstliche Nachfrage entfaltet. Das ist ein grundsätzliches Problem. Die Beharrungskräfte derer, die mit dem Status quo verbandelt sind, verhindern den positiven Wandel. Deswegen kommt ein derartiger Wandel meistens – historischem Marmor gleich – nur eruptiv zustande. Olsen sagte einmal, dass die Demokratie alle 50 Jahre eine Kulturrevolution braucht, um sich vom Filz zu reinigen.

Jaeger: Gibt es überhaupt irgendwo einen Lichtblick, dass man diese Widerstände gegen das, was eigentlich gemacht werden müsste – z.B. die Arbeitsmarktreformen im Süden Europas, wo eine Jugendarbeitslosigkeit von 70 bis 80 Prozent vorherrscht –, überwinden kann? Was könnte man versuchen zu tun, um diese Widerstände zu brechen?

Sinn: Es entfalten sich momentan neue Parteien, die sich nicht aus der politischen Mitte herausbilden. Dabei handelt es sich naturgemäss um Konkurrenten, die sich an den Rändern bilden: in Griechenland und Portugal am linken Rand, in Frankreich mit Marine Le Pen am rechten Rand. Die Situation in Italien mit Pepe Grillo ist nicht ganz klar. Wirtschaftspolitisch konvergieren diese Strömungen. Es wird eine eruptive Lösung geben, aber für das Establishment wäre es natürlich klüger, Reformen anzugehen. Dann könnte man vielleicht noch einiges bewahren. Es gibt in der Geschichte Beispiele für sinnvolle Reformen, die nach dem Druck der Unzufriedenen zustande kamen, z.B. in Deutschland die Sozialreform unter Bismarck. Diese hat die grosse Revolution verhindert, die Marx propagierte und vorhersagte. Die Revolution fand schliesslich in Russland statt, aber nicht in Deutschland. Je unfähiger ein Regime ist, Reformen an die Hand zu nehmen, umso stärker steigt der Leidensdruck und umso entfesselter verläuft schliesslich die Eruption.

Jaeger: Mit ihrer «Willkommensbotschaft» hat die deutsche Bundeskanzlerin nicht zuletzt auch signalisiert, dass eine offene und integrationsfokussierte Flüchtlingspolitik insbesondere in fortgeschrittenen EU-Ländern, wie etwa in Deutschland, durchaus einen langfristig nachhaltigen Beitrag zur Bewältigung von Fachkräftemangel und wider die gesellschaftliche Veralterungsproblematik zu leisten vermag. Wie beurteilen Sie solche Thesen?

Sinn: Deutschland hat wie viele andere Länder ein riesiges demografisches Problem, weil die Babyboomer, die jetzt um die 50 Jahre alt sind, in 15 Jahren eine Rente von Kindern wollen, die sie nicht zeugten. Insofern liegt es nahe, dieses Problem durch Immigration zu mildern. Richtigerweise haben viele eine Immigration durch kluge Auswahl von Migranten im Zug eines Punktesystems gefordert. Die Flüchtlingsmigration ist eine ganz andere Problematik. Zum einen ist sie getrieben durch Krieg, zum anderen durch die Verlockungen des Sozialstaats oder überhaupt durch den allgemein relativ hohen Lebensstandard in Zentraleuropa. Faktisch ist diese Art von Migration für die Gastländer nicht günstig. Aber es handelt sich dabei um humanitäre Hilfe, die

man vornimmt. Man hilft Menschen in Not. Dabei sollte man sich nicht fragen, ob das einem Land auch hilft.

Doch wird immer wieder behauptet, dass die Migration uns selber helfen würde, weil wir Nachschub an Arbeitskräften kriegten. Daimler-Chef Zetsche fand das sofort toll, was Frau Merkel gemacht hat. Warum wohl? Weil er dadurch Zugang zu billigen Industriearbeitern findet. Diese bezahlt er nicht selber allein, sondern lässt sie auch vom Sozialstaat bezahlen. Denn wer unterdurchschnittlich verdient – das sind hauptsächlich solche Leute –, muss auch nur unterdurchschnittlich Steuern zahlen und bekommt trotzdem das ganze Angebot der staatlichen Leistungen. Mit anderen Worten sind diese Personen Nettoempfänger der staatlichen Transfers.

Dies übersehen viele. Wir haben in Westeuropa überall gut ausgestattete Sozialstaaten, die die Einkommensverteilung gleichmässiger machen, als dies der Markt hervorgebracht hätte. Man nimmt Geld von oben und verteilt nach unten um, allein schon durch die Existenz eines einkommensabhängigen und konsumabhängigen Steuersystems. Wir zahlen nämlich keine Kopfsteuern, wodurch jeder – ob arm oder reich – den gleichen absoluten Geldbetrag zahlen müsste. Im Gegenteil: Je mehr Einkommen jemand verdient, desto progressiver sind seine Steuerabgaben an den Staat. Solange Migranten keine durchschnittlichen Einkommen erwirtschaften, müssen sie auch keine durchschnittlichen Steuern und Beiträge bezahlen. Daher sind sie Nettoempfänger staatlicher Ressourcen. Die Statistik ist hier ganz eindeutig: Die Migrantenpopulation in Deutschland, die über die letzten Jahrzehnte aufgebaut wurde, hat es noch nicht einmal in der zweiten Generation geschafft, nahezu den Durchschnittslohn zu verdienen, sondern sie verdient, weit abgeschlagen, viel weniger als der Durchschnitt. Sie ist also Empfänger der staatlichen Umverteilung. Wenn Herr Zetsche die Migranten willkommen heisst, um bei ihm zu arbeiten, dann muss er sich bewusst sein, dass sie nicht nur den Lohn bekommen, den er zahlt, sondern auch ein Umverteilungsgeschenk des Staats erhalten. Es ist deshalb fraglich, ob die Migration ein Nettogewinn für die einheimische Bevölkerung ist. Aus ökonomischer Perspektive gibt es zwei Aspekte der Migration: Der Lohn entspricht in der Marktwirtschaft grundsätzlich dem Grenzprodukt. Migranten kommen, werkeln und erzeugen BIP und Wachstum. Dieses Wachstum gehört ihnen als Lohn. Das ist das Grundprinzip, das es zu beachten gilt. Es handelt sich dabei um Wachstum, das sich

direkt im Lohn der Migranten niederschlägt. Der zweite Aspekt betrifft die fiskalischen Vor- und Nachteile für die vorhandene Bevölkerung. Die Rechnung ist eindeutig. Die Migration ist ein Nachteil für die etablierte Bevölkerung. Letztere profitiert infolge migrationsbedingten Konkurrenz- und Lohndrucks nicht von der Migration. Diese ist für sie im Gegenteil ein Negativgeschäft. Dies vor allem, wenn es sich um eine Migration von gering- bzw. unterdurchschnittlich Qualifizierten handelt, die möglicherweise sogar noch unter ihrer Grenzproduktivität entlohnt werden.

Eine Besonderheit kommt insofern hinzu, als auch über den Arbeitmarkteffekt eine starke Umverteilung stattfindet. Obwohl die bereits anwesende, einheimische Bevölkerung über den Arbeitmarkteffekt von der Migration nicht profitiert, gibt es eine grosse Gruppe, die viel davon profitiert, nämlich die Käufer der Leistungen, die die Migranten anbieten. Wenn eine Putzkraft oder Kassiererin im Supermarkt billiger arbeitet, dann profitieren nämlich nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Käufer. Die einheimischen Putzkräfte und Verkäuferinnen werden jedoch verdrängt oder müssen zu einem niedrigeren Lohn arbeiten. Sie erfahren also einen Nachteil. Die Vor- und Nachteile würden sich nur bei einer perfekten Grenzproduktivitätsentlohnung aufheben. Für die anwesende Bevölkerung entsteht allerdings dann ein Vorteil, wenn man diejenigen, die einen Nachteil haben, in zwei Gruppen teilt: die Einheimischen ohne Migrationshintergrund und die Alt-Migranten. Da die neuen Migranten in dieselben Segmente des Arbeitsmarkts einwandern wie die Alt-Migranten, trifft der Nachteil der einheimischen Bevölkerung vor allem die Alt-Migranten. Wenn man Letztere aus der wohlfahrtsökonomischen Analyse ausblendet und nur die etablierten Arbeitskräfte ohne Migrationshintergrund berücksichtigt, resultiert sogar ein Plus für die einheimische Bevölkerung. Allerdings ist dies eine etwas zynische Argumentation. Ökonomen sprechen vom «migration surplus».

Jaeger: Was ist die Quintessenz? Was kostet das per Saldo? Was sind die fiskalischen Effekte?

Sinn: Herr Raffelhüschen aus Freiburg hat ausgerechnet, dass ein Migrant bis zum Lebensende im Schnitt 450 000 Euro kostet. Das entspricht bei einer Million Migranten 450 Milliarden Euro. Eine andere Berechnung kommt auf Beträge zwischen 90 000 und 400 000 Euro pro Migrant, nicht unabhängig davon, was dieser in 20 Jahren erreicht. Nimmt man an, dass ein Migrant eine Integrationsperiode von 20 Jahren hat, schliesslich voll

integriert ist und in der Folge als Hilfsarbeiter wie ein Einheimischer arbeitet, so kostet er wahrscheinlich weniger als 400000 Euro. Wird aus ihm sogar ein überdurchschnittlich qualifizierter Arbeitnehmer, so kostet er bis zum Lebensende «nur», aber immer noch 100000 Euro. Das ist vermutlich allerdings eine zu optimistische Einschätzung, weil man hier annimmt, dass sich Migranten besser zu integrieren und hochzuarbeiten verstehen als die einheimische Bevölkerung.

Jaeger: Immerhin gibt es aber die Möglichkeit, dass man zumindest den Fachkräftemangel über eine gezielte, d. h. auf die Attrahierung hoch qualifizierter Fachkräfte fokussierte, Migrationspolitik lösen bzw. wenigstens mildern könnte. Eine dieser Art gelenkte Immigration könnte sich auf die Volkswirtschaft per Saldo sogar positiv auswirken. Die Deutschen-Immigration in die Schweiz liefert ein Beispiel dafür.

Sinn: Ich glaube, dass es eine sinnvolle Fachkräfteimmigration gibt, die aufgrund von Steuerungsmassnahmen stattfinden kann. Sie ist aber nicht wegen des wirtschaftlichen Wachstums sinnvoll (dieses gehört auch in diesem Fall den Migranten). Davon profitiert die einheimische Bevölkerung nicht, ausser den Migranten würden keine Grenzproduktivitätslöhne gezahlt. Die einheimische Bevölkerung profitiert jedoch über den fiskalischen Effekt; wenn beispielsweise qualifizierte Ärzte in die Schweiz einwandern, zahlen sie mehr Steuern, als sie Leistung des Staats beziehen. D. h., sie arbeiten unter ihrem Grenzprodukt und sind deshalb Nettozahler. Die Migration von Deutschland in die Schweiz ist im Wesentlichen eine Immigration von Hochqualifizierten.

Jaeger: Das Konzept einer uneingeschränkten EU-internen Personenfreizügigkeit als konstitutive Voraussetzung für einen idealtypisch funktionierenden EU-Binnenmarkt stösst nicht nur bei führenden Ökonomen wie Sie auf Kritik, sondern ist auch ordnungspolitisch – weil im Widerspruch zur Garantie von Eigentum an nationalen Vermögenswerten – stark umstritten. Weshalb hält man denn seitens der offiziellen EU derart stur an der Verabsolutierung eines undifferenzierten Freizügigkeitsdogmas fest?

Sinn: Freizügigkeit ist ein Wert an sich, vor allem aus ökonomischen Gründen, aber auch weil sie individuelle Freiheitsrechte impliziert. Sie bedeutet, dass Menschen von ihren Staaten nicht ausgebeutet werden können. Man denke an den Kommunismus. Freiheitsrechte bzw. die freie Wohnsitzwahl innerhalb der EU sind ein hohes Gut. Aber sie steht im Widerspruch zur Sozialstaatlichkeit, weil Migrationsentscheidun-

gen nicht nur durch Lohndifferenzen und politische Effekte gesteuert werden, sondern auch durch Geschenke des Sozialstaats. Es besteht ein widersprüchliches Dreieck: Sozialstaatlichkeit, freie Migration und Inklusion in den Sozialstaat sind nicht kompatibel. Die drei Ziele sind nicht gemeinsam realisierbar, weshalb eines geopfert werden muss. Soll der Sozialstaat geopfert werden? Ich glaube nicht. Wir brauchen ihn als Korrektiv der Marktwirtschaft. Will man die Freizügigkeit opfern? Nein, sie bietet viele Vorteile, vor allem beim politischen Schutz gegen Ausbeutung. Nach meiner Auffassung muss die soziale Inklusion geopfert werden, jedoch nicht die soziale Inklusion im allgemeinen Sinn (natürlich müssen Migranten inkludiert werden), sondern im harten fiskalischen Sinn. Es braucht längere Wartefristen für Migranten, um vom Sozialstaat Geld zu erhalten. Wenn man beispielsweise ein halbes Jahr in Deutschland war, muss man nur behaupten, dass man arbeiten will. Ohne je gearbeitet zu haben, erhält man Hartz IV. Der Betrag für Hartz IV ist 1000 Euro pro Person. Das ist ein Vielfaches von einem möglichen Verdienst im Heimatland. Die Inklusion in den Sozialstaat ruft massiven Wohlfahrtstourismus hervor. Sozialstaaten wirken wie Magnete, die die Armen anziehen, und werden unter dem Druck der Kosten selbst lädiert. Die Konkurrenz der Sozialstaaten in einer Welt mit freier Migration führt zu einem «race to the bottom». D.h., sie erodieren allmählich, weil sie die Lasten nicht mehr tragen können. Kein Sozialstaat will auf Dauer Ziel der Migration sein. Wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, Migration abzuwehren, werden die sozialstaatlichen Leistungen bewusst erodiert werden.

Jaeger: Aus ordnungspolitischer Sicht steht doch die Personenfreizügigkeit auch im Konflikt mit der kollektiven Eigentumsgarantie?

Sinn: Ja, sicher: Die staatliche Umverteilungswirkung kommt nicht nur über sozialstaatliche Leistungen zustande, sondern auch über die freie Verfügbarkeit öffentlicher Güter. Steuern und Abgaben werden an den Staat gezahlt, und dieser finanziert damit nicht nur Sozialleistungen, sondern auch Infrastruktur, Bildung, das Rechtssystem, die Polizei usw. D.h., er finanziert das ganze Spektrum staatlicher Leistungen. Insofern gibt es auch über diesen Kanal sehr viel Umverteilung.

Jaeger: Indes, eine Eigentumsgarantie ist doch nicht mehr gegeben, wenn die Grenzen offen sind?

Sinn: Exakt deshalb habe ich mich stets gegen die Leute gewehrt, die behaupten, eine offene Gesellschaft brauche offene Grenzen. Das ist

logischerweise ungefähr dasselbe, wie zu sagen, eine offene Gesellschaft darf kein Eigentum haben. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Schutz und der Garantie des Eigentums, das man sich selbst erarbeitet hat, kann man überhaupt erst eine offene friedliche Gesellschaft haben. Wenn das Eigentum nicht geschützt ist und es jeder durch Raub aneignen kann, haben wir eine Wildwest-Gesellschaft, in der die Menschen ihre Kraft auf den Raub konzentrieren. D. h., sie stecken sehr viel Energie ins «rent seeking», um an die Ressourcen von anderen zu gelangen. Erst als Eigentumsrechte an Grund und Boden im Wilden Westen etabliert waren, hörte die Kriminalität auf. Die Menschen haben ihre Kraft nicht in räuberische Cowboy-Aktivitäten gesteckt und die Verteidigung dagegen, sondern sie steckten sie in den Aufbau ihrer Ranches und Farmen.

Jaeger: Offensichtlich ist ein derart differenziertes Verständnis von Offenheit und Personenfreizügigkeit in Europa nicht vorhanden.

Sinn: Ja, man versteht eben nicht, was Klubgüter sind. Es wird zwar akzeptiert, dass es privates Eigentum gibt, aber es gibt eben auch Eigentum an Klubgütern. Eine Gemeinde, eine Provinz oder ein Staat ist ein Klub. Diese Klubs stellen öffentliche Güter für ihre Mitglieder bereit. Öffentliche Güter müssen geschützt werden wie privates Eigentum. Der Übergang der Gütertypen ist jedoch fließend: Ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung ist privates Eigentum, aber beides ist auch ein Klubgut für die darin wohnende Familie. Freunde und Familie können zwar in die entsprechenden Räumlichkeiten, aber der Eigentümer bestimmt, wer diese wie nutzen darf. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir friedlich miteinander umgehen und unsere Kräfte auf produktive Dinge konzentrieren. Buchanan hat die Theorie der Klubs entwickelt. Ein anderer Nobelpreisträger ist Coase, der uns über die Bedeutung des Eigentums bzw. über die effiziente Allokation der Ressourcen unterrichtet hat. Wie Eigentum etabliert wird, ist schliesslich egal, aber es muss hinsichtlich Ausgangsposition geschützt sein. Erst dann findet ein produktiver Markttausch statt.

Jaeger: Der Brexit-Entscheid ist nicht zuletzt auf ein – nicht nur in Grossbritannien – wachsendes «Migrations-Unbehagen» zurückzuführen. Kleinstaaten, wie ganz besonders die Schweiz als kleine und offene Volkswirtschaft, stehen genuin noch stärker unter einem extremen Immigrationsdruck. Wie beurteilen Sie – nicht zuletzt im Kontext des britischen EU-Austritts – den Nutzen und die Chancen einer Teilhabe solcher

Kleinststaaten an einer künftigen «kontinentalen Partnerschaft» im Sinn des Vorschlags der Bruegel-Stiftung? Könnte eine derartige Architektur «EU-Binnenmarkt, kombiniert mit einer differenzierten Personenfreizügigkeit, fokussiert auf die Arbeitsmobilität» solchen Kleinststaaten eine willkommene Kooperationsplattform bieten?

Sinn: Man will diese Architektur nicht durchsetzen, weil einige Politiker die allgemeine Personenfreizügigkeit als Möglichkeit sehen, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa mit der Brechstange zu erzeugen. Die Bevölkerung der ärmeren Länder kann im Zweifelsfall in die reicheren Länder migrieren, um sich dort durch den Sozialstaat finanzieren zu lassen oder auch am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Wenn dies die reicheren Länder nicht wollen, müssen sie an die ärmeren Länder Transfers bezahlen, um deren Lebensstandard auf diese Weise zu heben. Man hat somit eine Garantie für eine sehr schnelle Angleichung der Lebensstandards in der EU, wenn man die Freizügigkeit als heilige, unantastbare Zielsetzung deklariert. Aber dieses Brechstangenprinzip ist auch gefährlich, weil es in den Zahl- bzw. Zielländern der Migration sehr viel Widerstand und radikale politische Parteien entstehen lässt.

Jaeger: Wird die EU politisch überleben, ohne dass sie zumindest versucht, das Problem der unbegrenzten Freizügigkeit anzugehen?

Sinn: Die peripheren und osteuropäischen Länder werden darauf beharren, dass die EU so bleibt. Dies könnte jedoch zur Zerstörung der EU aufgrund des Konflikts mit der Migration führen. Wir haben es beim Brexit gesehen. Das Motiv für den Brexit – das haben Umfragen gezeigt – war mit riesigem Abstand die Migration. Ich habe vorgeschlagen, dass man einen assoziierten Status mit der EU schafft, der geeignet wäre für Länder wie die Schweiz, Norwegen und Grossbritannien, mit Freihandel und freiem Kapitalverkehr, aber mit Begrenzung der Migration. Es gibt zwei Motive für diese Aussage. Erstens: Wenn die Migration beschränkt wird, ist es umso dringlicher, Freihandel und freien Kapitalverkehr zu haben. Die ökonomischen Gewinne durch freien Handel werden umso stärker, wenn die Migration beschränkt ist. Die Semantik, die die Politiker aufmachen – d.h. entweder alles oder nichts –, ist ökonomischer Unsinn.

Die Argumente für Freihandel werden noch viel stärker, wenn man Aussenhandelsmodelle ohne Migration analysiert, da alle Faktoren Substitute sind. Die Faktorpreistheoreme laufen alle darauf hinaus, dass Freihandel die Freizügigkeit ersetzen kann. Es gibt aufgrund des Frei-

handels Lohnangleichung durch Spezialisierung, ohne dass die Arbeitskräfte überhaupt migrieren müssen. Wenn sich die Löhne angeglichen haben, gibt es keinen Gewinn mehr aus der Arbeitskräftemigration.

Zweitens: Je attraktiver der Status des assoziierten EU-Mitglieds ist für die betroffenen Länder, desto sicherer kann sich ein Land wie Deutschland gegen eine Ausbeutung der EU durch massive Umverteilungsaktivitäten schützen. Für Deutschland erweist es sich also als sehr sinnvoll, Grossbritannien, die Schweiz und andere Länder grosszügig zu behandeln, sodass es auch eine Rückfallposition gibt für den Fall, dass es zu bunt wird in der EU. Damit gibt es nicht nur eine Rückfallposition für den Fall der Fälle, sondern es sichert auch von vornherein, dass es die anderen EU-Mitglieder nicht übertreiben. Dadurch kann man ihnen zu verstehen geben, dass Deutschland aus der EU austreten kann, wenn sie es übertreiben.

Jaeger: Wird es zu diesem Konzept überhaupt je kommen?

Sinn: Ich glaube schon, da Grossbritanniens Präferenzen klar sind. Grossbritannien ist nicht die Schweiz, sondern die zweitgrösste Volkswirtschaft in der EU. Die EU kann die Grösse und das politische Gewicht Grossbritanniens nicht ignorieren. Sie wird zum Schluss eine Lösung finden müssen, mit der die Briten glücklich sind. Die Freizügigkeit ist nach wie vor ein hohes Ziel, aber es darf keine Inklusion in den Sozialstaat geben. Wenn man diese aber nicht abschaffen will, dann muss man die Freizügigkeit begrenzen. Das ist aber die zweitbeste Lösung. Ich argumentiere umgekehrt. Es ist verständlich, dass einzelne Länder die Freizügigkeit nicht wollen. Dann ist jedoch die beste Reaktion für alle Beteiligten, Freihandel herzustellen. Für Deutschland und ähnliche Länder kommt als Sondermotiv hinzu, damit einen Eigenschutz gegen Ausbeutung in der EU durch eine Fiskal- und Transferunion zu schaffen. Freihandel ist unter der Bevölkerung zwar momentan nicht mehr hoch angesehen, dies aber weil die Produzenteninteressen dominieren. Die Leute haben Angst um ihren Arbeitsplatz und sehen nicht die Vorteile, die man als Verbraucher hat, z.B. in Form von billigeren Produkten. Die Spezialisierungsgewinne, die den Wohlstand der Menschen hervorgebracht haben, sind aus Sicht der Betroffenen immer schwer nachzuvollziehen. Wenn man die Bauern dazumal gefragt hätte, die durch die Industrialisierung grösstenteils ihre Jobs verloren haben, ob sie diese auch möchten, hätte sie nie stattgefunden.

Jaeger: Als Schweizer kann ich dem nur zustimmen.